

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 20 (1979)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Havemanns Bilanz : für den Sozialismus und gegen die Diktatur von Partei und Staat  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094831>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Für den Sozialismus und gegen die Diktatur von Partei und Staat

# Havemanns Bilanz

In dieser Beziehung ähnlich wie Rudolf Bahro, den man vor kurzem aus einem DDR-Gefängnis nach dem Westen entlassen hat, ist Robert Havemann, ein Exponent der ostdeutschen marxistischen Opposition, kein Gegner der «sozialistischen» Ordnung. Seine Gegnerschaft gilt dem Regime und nur insofern dem System, als darunter die konkreten Verhältnisse von Macht und Machtmissbrauch zu verstehen wären. Indessen bleibt Prof. Havemann ein grundsätzlicher Gegner des «kapitalistischen» Systems, das er übrigens im Endstadium seiner Auflösung sieht. Um so bemerkenswerter wirkt auf diesem weltanschaulichen Hintergrund seine Abrechnung mit dem realen Sozialismus des Sowjetlagers. Im Herbst dieses Jahres sind Havemanns zehn Thesen zum 30. Jahrestag der DDR in den Westen gelangt, und es bleibt ein typisches Zeichen für die «realen Gegensätze» unserer Zeit, dass er seine Ansichten nur im ideologischen Feindeslager veröffentlichen kann. Wir bringen einige Auszüge aus seiner Schrift. (Der gesamte Text ist in «zeitdienst», Zürich, vom 19. 10. 1979 erschienen.)

Noch im Jahre 1968 — also 19 Jahre nach Gründung der DDR — wurden wichtige Grundrechte, die in ihrer ersten Verfassung garantiert waren, in einer neuen Verfassung aufgehoben, so das Streikrecht und das Recht auf ein unabhängiges Gericht, vor dem der Bürger Klage gegen Massnahmen der Organe des Staates führen kann. In der neuen Verfassung erscheint auch zum erstenmal ein Passus, in dem die Partei als die führende Kraft und Grundlage des Staates bezeichnet wird. Es heisst in Artikeln «Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei». Damit ist die Stellung der Partei im Staat als entscheidende politische Instanz nun auch durch die Verfassung definiert. Die SED ist damit die Staatspartei. In die neue Verfassung wurde zwar der Artikel 27 der alten über die Freiheit der Meinungsäusserung in seinem vollen Wortlaut übernommen. Er lautet:

1. Jeder Bürger der DDR hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäss seine Meinung frei und öffentlich zu äussern. Dieses Recht wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

2. Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet.»

Aber in dem im Juni dieses Jahres noch verschärften § 106 des Strafgesetzbuches über die «staatsfeindliche Hetze» wird der Artikel 27 praktisch ausser Kraft gesetzt. Jede «Diskriminierung» der gesellschaftlichen Verhältnisse wird mit Freiheitsstrafen bis zu 10 Jahren bedroht. Aus der Praxis der Gerichte geht hervor, dass unter «Diskriminierung» nahezu jede Kritik an der Politik der Partei und der Regierung verstanden wird, also gerade das, was in aller Welt unter der Freiheit der Meinungsäusserung verstanden wird. «Freiheit ist die Freiheit der Andersdenkenden»,

hat es Rosa Luxemburg ausgedrückt. Das dritte Strafrechtsänderungsgesetz vom Juni dieses Jahres enthält darüber hinaus noch eine Unzahl von Bestimmungen, durch die fast alle bisher noch bestehenden Möglichkeiten des öffentlichen Andersdenkens mit harten Strafen bedroht werden.

■ ■ ■

Es ist sehr schwer abzuschätzen, wie gross in der DDR heute die Zahl derer ist, die sich auch bei uns wieder nach der Restauration der alten Klassenherrschaft sehnen und das kapitalistische System der BRD dem realen Sozialismus vorziehen. Die Unterdrückung jeder von den Organen der Partei und des Staates unabhängigen Kritik, die Massregelung kritischer Schriftsteller, die Nichtzulassung einer Opposition in der Volkskammer, das Nichtbestehen auch nur eines einzigen kritischen und unabhängigen Presseorgans, die Bedingungen, unter denen die Kandidaten für die Volksvertretungen nominiert und gewählt werden, das praktisch (ausser für Rentner und eine beschränkte Zahl von Privilegierten und Funktionären) bestehende «Westreise»-Verbot — all dies und mehr ruft den Eindruck hervor, dass die Partei- und Staatsführung der DDR die Zahl ihrer Gegner für gross und bedrohlich hält. Nach wie vor hält man die «Mauer» geschlossen. Das Misstrauen, es könne sonst wieder zu einer Massenflucht kommen wie 1961, ist gross.

■ ■ ■

Es ist ganz offensichtlich, dass alle diese Repressionen und Freiheitsbeschränkungen das Gegenteil dessen bewirken, was mit ihnen erreicht werden soll. Sie sollen der Sicherheit des Staates dienen, sind aber tatsächlich die Hauptursachen der zunehmenden Staatsunsicherheit. Unter solchen Bedingungen muss schliesslich auch der letzte Rest des Vertrauens zwischen Bürgern und Staat dahinschwinden, und zwar von beiden Seiten.

■ ■ ■

Die Deutsche Demokratische Republik ist auf dem Weg in die Zukunft, die Sozialismus heisst, der westdeutschen Bundesrepublik und den anderen westeuropäischen Industriestaaten weit voraus. Wenn wir hier endlich damit beginnen, den Sozialismus aufzubauen, von dem unsere eurokommunistischen Genossen träumen, so dass sie nicht mehr gezwungen sein werden, sich von unserem Sozialismus zu distanzieren, dann könnte die DDR gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern zur Schrittmacherin der grossen sozialistischen Wende in Europa werden. Wir müssen nur den längst fälligen zweiten Schritt tun, den Schritt in die Demokratie durch Aufhebung der unkontrollierten Herrschaft des Parteiapparats. (...) Unter den gegenwärtigen Bedingungen stirbt der Staat nicht ab. Im Gegenteil, er wächst und nimmt von allem Besitz, ist überall, wachsam hört er alles, sieht alles und registriert es in geheimen elektronischen Datenbanken. Er beschwört in unseren Äengsten die gespenstische Welt herauf, die Orwell in seinem Buch «1984» beschrieben hat.

■ ■ ■

Der Kapitalismus ist in seine Endphase eingetreten. Bald wird es für ihn keine friedliche Lösung seiner Probleme mehr geben. Inflation, Wäh-

### Seither in der DDR: Havemann und andere

**Ueber Robert Havemann wurde am 14. Oktober erneut Hausarrest verhängt. Man stellte ihm das Telefon ab und umzingelte sein Haus mit Polizisten. Schon zuvor hatte man ihn mit 10 000 Mark gebüsst, weil seine Schriften ohne Einwilligung der «zuständigen» DDR-Stellen im westlichen Ausland publiziert wurden. Die Staatsanwaltschaft hatte diese Publikationen als «Devisenbetrug» qualifiziert.**

**Vor kurzem sind die ungleichen Bürgerrechtler Rudolf Bahro und Niko Hübner, die beide wegen faktischen Gesinnungsdelikten eingesperrt waren, in den Westen abgeschoben worden.**

**Seit dem 1. August dieses Jahres sind die Andersdenkenden durch weitere strafrechtliche Bestimmungen zusätzlich eingeeengt. Für das Verbreiten von Informationen, die «den Interessen der DDR schaden», drohen fünf Jahre Gefängnis. Was «schadet», ist dabei nicht spezifiziert, so dass der Willkür von Staatssicherheitsdienst und Staatsanwaltschaft nicht einmal mehr formelle Grenzen gesetzt sind. Bei «Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates» sind schon «Vorbereitung» und «Versuch» strafbar; im Bedarfsfall kann man also auch die blosse private Aufzeichnung einer «schädlichen» Information strafen.**

rungswirrwarr, Massenarbeitslosigkeit, Energie- und Rohstoffkrise, Umweltverschmutzung, verschwenderische Wegwerf-Gesellschaft auf der einen Seite, auf der anderen Hunger und Elend von Hunderten von Millionen in den armen Ländern — das alles in einer Welt, die sich täglich mehr als unfähig erweist, ihre Probleme zu meistern, dafür aber auf eine einzige Sache in grösster Perfektion vorbereitet ist: die Selbstvernichtung in einem nuklearen Krieg. Es ist beängsti-

gend, wie wir die kurze Zeit, die uns noch bleibt, das grosse Unheil von uns abzuwenden, fast ungenutzt verstreichen lassen. In dieser Situation ist der Sozialismus unsere einzige und letzte Hoffnung. Das heisst aber: Wir dürfen nicht länger warten. Wir müssen jetzt und hier beginnen, den grossen Traum des Sozialismus zu verwirklichen, getreu dem Bebel-Wort: Ohne Demokratie kein Sozialismus, ohne Sozialismus keine Demokratie. ■

**20 Thesen zu 30 Jahren DDR im Volkswitz**

**Es bleibt alles ganz anders**

Zum DDR-Jubiläum 1949—1979 kursieren unter der dortigen Bevölkerung zahlreiche Witze, von denen wir in den letzten Nummern schon einige abgedruckt haben. Vereinzelt kommen «gute Bekannte» auch in der folgenden Zusammenstellung von satirischen Thesen vor. Parodiert wird damit ein offizieller Brauch bei feierlichen Anlässen.

1. Alles ist klar, und keiner weiss Bescheid.
2. Wir wissen nicht, was wir wollen, aber das mit hohem Bewusstsein.
3. Wer schon die Uebersicht verloren hat, muss wenigstens den Mut zur Entscheidung haben.
4. Gefährlich ist es, wenn die Dummen fleissig werden, und staatsgefährdend ist es, wenn die Intelligennten fleissig werden.

5. Initiative ist Disziplinlosigkeit mit positivem Ausgang.
6. Wer das Plansoll überbietet, braucht es nicht zu erfüllen.
7. Wir marschieren hinterher an der Spitze.
8. Es bleibt alles ganz anders.
9. Jeder macht, was er will; keiner macht, was er soll; Hauptsache, alle machen mit.
10. Bei uns kommt auch manches zum Klappen; wir können ja nicht überall sein.
11. So alt, wie wir aussehen, werden wir nie.
12. Jeder kann werden, was er will — ob er will oder nicht.
13. Wir sind zu allem fähig, aber zu nichts zu gebrauchen.
14. Wir können unsere Bürger nicht zufriedenzustellen, aber wir können ihr Bedürfnis nach Zufriedenheit mehren.
15. Unser Staatsvermögen, das ist unser Verstand. Aber Armut ist keine Schande.
16. Ob in Richtung oder Gegenrichtung: Vorwärts geht es bei uns immer.
17. Alles wird besser, nichts wird gut.
18. Vor dreissig Jahren standen wir am Abgrund. Heute sind wir einen Schritt weitergekommen.
19. Früher ging es uns gut, später ging es uns besser; besser wäre, es ginge uns wieder gut.
20. So wie wir heute arbeiten, werden die andern morgen leben. ■

**Dissidenzia in Polen**

In Polen ist eine neue oppositionelle Organisation gegründet worden, die Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN). Im Unterschied zu andern Dissidentengruppen, deren Mitglieder sich namentlich zu erkennen geben, will sie geheime Mitglieder anwerben, um sich als politische Partei ohne staatliche Genehmigung aufbauen zu können. (In der Person des ehemaligen Journalisten Leszek Moczulski hat sie immerhin einen identifizierbaren Sprecher.)

Erstmals von der KPN gehört hatte man am 1. September, anlässlich einer Kundgebung am Grabmal des Unbekannten Soldaten zur Erinnerung an den deutschen Ueberfall auf Polen 1939. Diese Gedächtnisfeier mit Massencharakter konkurrierte die offiziellen Veranstaltungen zum Gedenktag; sie war von den Behörden weder einberufen noch bewilligt worden. Sie wollte auch an Hitlers Allianzen erinnern, die das amtliche Warschau aus brüderlicher Rücksichtnahme verschweigen oder beschönigen muss. Das gleiche Vorgehen hatte man schon am 31. Juli (35 Jahre seit dem Warschauer Aufstand) anlässlich einer «Paralldemonstration» bemerken können, welche die Regierung in Verlegenheit gebracht hatte.

Langfristig erstrebt die KPN die «Beendigung der sowjetischen Domination» und kurzfristig die Herausgabe einer Wochenzeitschrift, die man angeblich mittels Sympathisanten in Grossbritannien und Kanada zu finanzieren hofft.

Zurzeit gibt es in Polen mindestens 20 Untergrundzeitschriften, die regelmässig erscheinen. Die «Dissidentenszene» hat sich seit Gründung des «Komitees zur Arbeiterselbstverteidigung» im September 1976 sowohl verbreitert als auch diversifiziert. Einige Gruppen hatten auch Kontakte zur «Charta 77» aufgenommen, die in der Tschechoslowakei jetzt unter den Bedingungen einer offenen Verfolgung um ihr Ueberleben kämpfen muss.

**Der Buchtip**

**Direkte Demokratie — nur noch Hemmschuh ?**

Walter Wittmann: «Wohin treibt die Schweiz?» Scherz-Verlag, Bern 1979, 260 Seiten, Fr. 29.80.

Der Autor, Professor für Wirtschaftswissenschaften und Politologie an der Universität Freiburg, hat durch selbständige Gedanken zum modischen Thema Sozialstaat schon wiederholt den Unwillen der Fortschrittlichen erregt. Man konnte somit gespannt sein auf sein neuestes Buch mit dem Untertitel «Die Schweiz in den achtziger Jahren, verpasste Chancen oder Bewältigung der Zukunft». Leider vermag es nicht alle Erwartungen zu befriedigen.

Die erste Hälfte behandelt die Entwicklung in der Schweiz nach 1945 und die daran geknüpften

Erwartungen. Nach Wittmann wird es im nächsten Jahrzehnt wesentlich um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz gehen. Er legt dabei weniger Gewicht auf den politischen Willen zur Unabhängigkeit, als auf die technischen Vorbereitungen zur Minderung der Auslandsabhängigkeit in den Bereichen Ernährung, Rohstoffe und Energie sowie auf die Wiederglaubhaftmachung unserer militärischen Landesverteidigung. Wittmann nimmt jedoch an, dass der Konkordanz-Demokratie die Fähigkeit für die erforderlichen «grossen Veränderungen» abgehe. So gibt er dem Schlusskapitel die Ueberschrift «Direkte Demokratie in der Sackgasse». Hier verliert er sich in modischen Behauptungen, so beispielsweise, die Schweiz sei von einer revolutionären zu einer konservativen Nation geworden, «unfähig zur Innovation». Die direkte Demokratie sei nur noch geeignet, «Entscheide weitgehend zu blockieren». Mit diesem «weitgehend» räumt er freilich ein, dass Entscheide und damit Innovationen eben doch möglich sind, nur nicht so schnell, wie fortschrittliche Geister gerne möchten. Diese mögen die Bedächtigkeit der politischen Entwicklung in unserer Demokratie be-

dauern, sie zu verurteilen aber ist undemokratisch.

Wir sind heute froh, dass seinerzeit die frontistischen Erneuerungen «blockiert» worden sind, und diese Erfahrung lässt eine gewisse Zurückhaltung gegenüber progressiven Veränderungswünschen der Gegenwart durchaus als gerechtfertigt erscheinen.

Auch die «Verbanddemokratie» dürfte nicht so schlecht sein, wie Wittmann sie darstellt. Schliesslich ist nicht einzusehen, wieso ein Wirtschaftsverband politisch weniger aktiv sein sollte als beispielsweise eine Gewerkschaft. Wenn der Autor in einer Art Verzweiflung feststellt, es sei «kaum objektiv auszumachen, wer nun — zwischen Verbänden, Verwaltungen und Generalstab — letztlich wen am meisten beeinflusst und wer in der Schweiz eigentlich wen kontrolliert», so bestätigt er damit nur, dass die Gewaltentrennung wirksam ist und dass es keine «Mächtigen» gibt, die alle andern manipulieren und kontrollieren. Es ist Wittmann nicht gelungen, seine Schlussfolgerung und die Forderung nach Ablösung des Milizparlaments durch ein Berufsparlament überzeugend zu begründen. **MK**